



einst wird auch für diese Opfer irgendwie die Vergeltung kommen! Der Tod der Wehrlosen ist eine unauslöschliche Schande für unsere Feinde, ganz anders einzuschätzen wie der Tod unserer Männer, Söhne und Brüder, denn die Opfer auf dem Schlachtfeld brachten die andern auch.

Die Not der Heimat wurde uns zum Verhängnis. Hungernde Frauen und Kinder, hungernde Eltern fingen an, den Mut unserer Kämpfer zu lähmen, um so mehr, als sinnlose Reden Betörter und zum mindesten Irrender, die Einsicht unseres Volkes lähmte. Statt auszuhalten in der alten, deutschen Tapferkeit, gewannen die Wahnsinnsreden Urteilsloser die Ueberhand. Der Gedanke „Frieden um jeden Preis“ trat an Stelle des Willens, nicht eher Schluß zu machen, als bis ein Friede möglich würde, der Deutschlands Leben sicherte. Es sind schwarze Zeiten, die über unser Volk kamen. Den verführerischen Reden fremder Spitzel, den Worten feindlicher Flugblätter und Zeitungen fing man an, mehr zu glauben, als unseren Führern. Den man als „Friedenskaiser“ wenige Jahre zuvor nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt gefeiert hatte, machte man zum Kriegsheber. Wir waren nicht mehr nur Deutsche, sondern wieder Parteien. Ein großer Teil unseres Volkes glaubte den Sirenenesängen des Auslandes mehr als den Worten mahrender Aufrechter. Fort mit dem Kaiser! Fort mit der Monarchie! Fort mit dem Militarismus! so klang es in Blättern, in Versammlungen, von Mund zu Mund. Als es um der Erschöpfung unserer Truppen willen im Herbst 1918 zum Waffenstillstand kam, folgte Deutschlands größte Torheit: Wir unterwarfen uns den Feinden bedingungslos, warfen die Waffen weg, erklärten Deutschland zur Republik und — hofften auf Verheißungen Wilsons, der uns für solches Nachgeben einen Frieden versprach, in dem es weder Sieger noch Besiegte geben sollte!

Es war wie ein Taumel, der über unser armes, unpolitisches, übermildetes Volk kam.

Der Mann, der am 9. November 1918 von der Freitreppe des Reichstags verkündete: „Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gestiegt! Friede, Freiheit, Brot!“ ist zwar heute noch gelegentlich Redner im Reichstag, aber — recht behalten hat er nicht!

Recht behalten haben auch die nicht, die im Juni 1919 in der Nationalversammlung zu Weimar die Mehrheit der Stimmen aufbrachten, die für Unterzeichnung des sogenannten Friedensvertrages von Versailles waren.

Alle Deutschen wissen, daß jener Vertrag eine große Plage und keineswegs „Friede“ war. „Schandvertrag“ wird er jetzt wohl von allen genannt, denn die fünf Jahre, die wir inzwischen unter seinem sündhaften Zwange gelebt haben, waren keine Jahre des Friedens, sondern wie Clemenceau sagte: „Die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln.“ Man hat uns Deutsche durch diese Knebelung zum ärmsten aller Völker gemacht. Unser Geld ward zum Spott der andern. Das Jahr 1923, ungestigen Angebens, hätte ein noch viel größeres Sterben über unser armes Volk gebracht, wäre nicht durch die Schaffung der Rentenmark ein Kiesel in allerletzter Stunde der Selbstwertung vorgehoben. Der Schöpfer der Rentenmark hielt sie nicht für ein Allheilmittel, aber für einen ersten Schritt auf dem Wege. Alle Zwischenverhandlungen, ob sie nun in Cannes, oder Spa oder Genoa oder London stattfanden, brachten keine Besserung. Jetzt wirkt sich die grenzenlose Verarmung Deutschlands, nachdem die haherfüllten Franzosen durch die Besetzung des Ruhrgebietes, die auch Gott sel's gestlagt, der tapfere passive Widerstand dort nicht zu beseitigen vermochte, in einer immer mehr zunehmenden Arbeitslosigkeit aus.

Was soll aus uns werden? so fragt man an jedem Tage von neuem, wenn man der zehn Jahre Vergangenheit gedenkt. Die Gegenwart ist dunkel wie die Zukunft. Neue Verhandlungen stehen zwar bevor. Unsere Feinde sind in London verklammert, um über Deutschlands Zukunft zu beschließen. Das Goldland der Jetztzeit, Amerika, ist dort vertreten. Seine Bankiers wollen uns Geld borgen. Wenig genug. Aber das eine Gute ist, daß sie für die Zinsen ihres Darlehens Sicherung verlangen und der Ansicht sind, daß nur ein an der Ruhr und in seiner Wirtschaft wieder freies Deutschland so weiter arbeiten können, daß ihre Gelder gesichert sind.

Was wird werden?  
Wird man uns nur zu einem Feindvolk machen, dem die Versailles Schlinge so eng um den Hals bleibt, daß keiner von uns für sich, sondern für die Feinde arbeitet?

Wird das Deutsche Reich selbständig werden und frei, so wollen wir schon arbeiten wie nie zuvor. Aber nur als Freie können wir leisten, was man von uns will, und — können nicht alles leisten!

Gott gebe den Männern, die Deutschland in London vertreten werden, Weisheit und Entschlossenheit! Schlimmer als Not ist ewige Knechtschaft.

Hinter uns liegen zehn Jahre, teils voller Größe, Tapferkeit und Volksgemeinschaft, teils voller Irrtum und Schwäche.

Herrgott im Himmel erbarme du dich unser! Sei gnädig diesem Volke, dem du so oft gnädig warst! Hilf uns hindurch und aufwärts! Hilf uns vor allem, daß wir wieder wie einst ein einzig Volk werden! Eines Willens, auch durch Schwerstes Schulter an Schulter uns durchzulämpfen! Nicht mit Waffen, wir sind ja wehrlos, aber in Entschlossenheit der Arbeit, des Darbens und — des Hoffens! Wenn wir eines Sinnes hinter dem Willen, als freies Volk zu leben und zu arbeiten, stehen und unser Hoffen auf Gott als den Helfer in der Not setzen, dann wird die dunkle Zukunft dennoch Licht werden!

## Endlich belehrt.

Unter dieser Ueberschrift stand nachstehende Auslassung in der deutsch-amerikanischen „St. Paul täglichen Volkszeitung“:

Der amerikanische Professor George D. Herron, einer der wichtigsten Berater Präsident Wilsons, der im Kriege und auch lange danach noch einer der erbittertesten und verblendetesten Gegner Deutschlands war, der Mann, der Kurt Eisner einst durch die Behauptung, daß Deutschland dann bessere Friedensbedingungen bekäme, zu einem falschen Schuldbekennnis veranlaßte, schrieb kürzlich einen Brief an den kanadischen Publizisten Mr. Stewart E. Bruce (der sich wiederholt entschieden gegen die Kriegsschuld Deutschlands gewandt hatte), in dem er die französische Nachkriegspolitik in Worten geißelt, wie sie stärker kaum jemals gebraucht worden sind. Der Hauptteil des Briefes lautet in deutscher Uebersetzung:

„Sehr geehrter Herr Bruce! Es war sehr freundlich von Ihnen, mich um meine Ansicht über die gegenwärtige Lage zu bitten. Ich gestehe aber, daß ich zu erregt bin, um jetzt darüber zu sprechen. Der Verrat und das Verbrechen Frankreichs übersteigen in solchem Maße alles, was ich jemals erlebt habe, daß ich es nicht wage, allzu viel mich damit zu beschäftigen. Wenn Deutschland, wie einige Amerikaner behaupten, eine gerechte Bestrafung für seinen Einbruch in Belgien und Frankreich erleidet, wenn dieser gegenwärtige schreckliche Zustand von Elend und Anzurechnungslosigkeit als Folge der Aushungerung wirklich etwas wie eine Nemesis sein soll, wo könnte dann selbst in der wildesten Einbildung eine gerechte Nemesis für Frankreich gefunden werden? Auch wenn man alles, was man will, über die Sünde Deutschlands bei Kriegsbeginn zugeben will, so ist doch die gegenwärtige Sünde Frankreichs um so viel größer, als sie außerhalb jedes Vergleiches steht. Ich kann mir kein geschichtliches Ereignis ins Gedächtnis rufen, das in seiner teuflischen Schlaueit, in seiner Vorsehung und erbarmungslosen Gemeinheit diesem französischen Verfahren Frankreichs gleicht, die ganze deutsche Nation nach jeder Richtung zu ruinieren. Diese ungeheuerliche Fortsetzung des Krieges gegen eine wehrlose und entwaffnete Nation, gegen ein Volk, das schon vor langem kapituliert hat, gegen ein Volk, das darauf vertraute, daß es so etwas wie Treue und Glauben bei seinen Gegnern gäbe, ist ohne jeden Vorgang und ohne Vergleich in der Geschichte; selbst wenn man bis auf Karthago zurückgeht, so ist das ein armseliges Ausweichen vor der Größe der französischen Niedertracht gegen das deutsche Volk, und Ihren Verrat an der ganzen menschlichen Rasse. Wenn es eine Nemesis geben soll, dann gibt es nur eine, die eine Wiedervergeltung ist, und das ist die Austilgung Frankreichs. Und Poincaré wird einer der verabscheuenswürdigsten Namen in der Geschichte der Menschheit sein... Ihr ergebener George D. Herron.“

Gott sel's gedankt, die Wahrheit beginnt zu marschieren!

## Soziale Kundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

Die sozialen Nöte der Zeit, die Zersetzung der menschlichen Gesellschaft, die Unterdrückung der sittlichen Ordnung, schreien geradezu nach einer Besserung. Die Encyclica „rerum novarum“ des Papstes Leo XIII. zeigte, daß nur in der Erneuerung des Christentums die Schäden der Zeit geheilt werden können. Vom gleichen Gedanken ausgehend, hat der Deutsche Evangelische Kirchentag, die Vertretung aller deutschen evangelischen Landeskirchen, im Juni d. Js. in Bethel-Vieltefeld seine Mahnung und seine Forderung an das deutsche evangelische Volk gerichtet.

Nach zwei grundlegenden Vorträgen über die sozialen Probleme der Gegenwart, allgemeiner Aussprache und ergebender Vorbereitung im „Sozialen Austausch“, erließ der Kirchentag eine Kundgebung, in der es eindeutig heißt, daß Gottes gewaltige Hand schwer auf uns liegt. Rettung könne

nur kommen, wenn unser Volk wieder Verständnis gewinnt für die von Gott gefetzte sittliche Ordnung. Die Erneuerung des Volkslebens müsse bei seiner Urzelle, der Familie, beginnen. In Fragen des öffentlichen Lebens, in welchem viel unchristliches Wesen zutage tritt, übergehend, sagt dann die Rundgebung weiter:

„Wenig ist von dem Sinn und Geiste zu spüren, der in dem andern Menschen ein Gotteskind und einen Bruder sieht. Menschenverachtung gilt vielen als vornehm, Klassenhochmut als Standespflicht, Ausnutzung der Lage, unbekümmert um das Wohl und Wehe der andern, als Geschäftstüchtigkeit, Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, als selbstverständlich. Seelische Verflachung und gegenseitige Verbitterung sind die unausbleiblichen Folgen. Gott fragt aber nicht, ob arm oder reich, vornehm oder niedrig, gelehrt oder ungelehrt. Erst der innere Wert oder Unwert macht den Unterschied aus, schon in der Zeit, erst recht in der Ewigkeit.“

Solcher Mangel an echt christlichem Geist und Brudersinn ist es auch, der zu der unheilvollen Vergiftung des Wirtschaftslebens und der furchtbaren Verschärfung der sozialen Gegensätze geführt hat, welche unsere ganze Zukunft und Gesittung bedrohen.

Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen, und den Kämpfen um ihre Ausgestaltung und Fortentwicklung kann und soll die Berechtigung nicht verlagert werden. Aber es kommt auf den Geist an, in dem diese Kämpfe geführt werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß alle Versuche, das wirtschaftliche Leben allein auf äußeren sozialen Forderungen und Maßnahmen aufzubauen, scheitern und nicht zum Frieden führen. Der Grund liegt zutage. Wahrheit soziale Gesinnung stammt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Überzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen verständig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß steht die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist als alle Sachwerte.

Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftsleben gewinnen. Eigentum, wenn ehelich erworben, ist nicht Diebstahl, aber es ist für den Christen keine Sache, mit der er beliebig schalten und walten darf, sondern ein anvertrautes Gut, über das er Gott Rechenschaft zu geben hat, und das eine Quelle des Segens nicht nur für den Besitzer, sondern auch für seine Mitmenschen sein soll. Die Arbeit ist nicht einfach eine Ware, die man kauft und verkauft, sondern pflichtmäßiger Dienst am Volksganzen und bei aller Mühseligkeit das göttgewollte Mittel, sein ehelich Brot zu erwerben, sich in Fleiß, Treue und Selbstüberwindung zu betätigen und im Bewußtsein der Bedeutung seiner Arbeit für das Wohl der Gesamtheit innere Befriedigung zu gewinnen. Darum hat jede eheliche Arbeit auch ein Recht auf Anerkennung und darf nicht zum Feinddienst herabgewürdigt werden. Es müssen Kraft und Zeit zur Pflege des seelischen Lebens übrig bleiben.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehen wir mit erster Sorge wieder Kämpfe entbrennen bezarrt, daß sie die Volksgemeinschaft, die gegenwärtig doppelt notleidet, zu zerschneiden und Deutschlands Gesundheit und Vorrat zu vereiteln drohen. Die zu gemeinsamer Arbeit Berufenen und aufeinander angewiesenen stehen sich vielfach fremd oder gar feindlich gegenüber: Ueberhebung und Machtbewußtsein, Neid und Mißgunst, Hüten und Drücken, Verständnislosigkeit und Bitterkeit. Die letzte Quelle dieses Unheils ist auch hier der materialistische Geist, der das Leben nach Geldverdienen und Genuß einschätzt, die Einzel- und Klassenselfsucht unheimlich groß werden läßt und nicht selten sogar das Gewissen des einzelnen unter den Willen der Masse oder einer Vereinnung knechtet. Solange dieser Geist herrscht, kann nicht Friede werden. Friede kommt nur aus der christlichen Einschätzung des Lebens und wirklicher Brüderlichkeit.

Wir haben volles Verständnis für die äußere und innere Not der Arbeiterschaft, die vieles zerrinnen sieht, was sie geglaubt und erhofft hat, und nun auch von Arbeitslosigkeit und drückenden Sorgen bedroht ist. Sie kann sich jedoch dem nicht verschließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges, gleichberechtigtes Glied angehört, nicht vergessen. Aber auch von solchen Schlagworten sollte sie sich endlich freimachen wie denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassensache sei, daß es den geistigen, sittlichen und sozialen Aufstieg

hindere und daß die Wissenschaft den Glauben unmöglich gemacht habe. Gottesglaube und Christentum sind für die Arbeiterseele genau so unentbehrlich wie für alle anderen.

Den Arbeitgebern aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verantwortung auf. Ist auch ihre Lage vielfach unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, so ist es doch eine zwingende sittliche Pflicht für sie, sich vor einer Ausnutzung ihrer Macht gegenüber wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, um nicht unnötig die Arbeitszeit herauszufechen oder den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgelohnt zu werden braucht, sondern gleichwachtende Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und seelischen Bedürfnisse haben und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluß nicht unterbunden werden darf.

Aber nicht nur das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern macht uns andauernd Sorge. Wir sehen in der Verworfenheit unserer Lage viel irrende Gewissen. Die mancherlei Interessensverbände, von denen unser Volk bis in den letzten Winkel durchorganisiert ist, wehren dem Egoismus des einzelnen, tragen aber die Gefahr in sich, einen Gruppenegoismus zu erzeugen, der dem Ganzen schädlich ist. Die Lasten, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern des Nächsten laden, sondern „einer trage des anderen Last.“

Dieser Teil der Rundgebung wird, will's Gott, auch ein Segen für die Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sein.

## Aus der Lohn- und Tarifbewegung.

Berlin. Noch immer ist kein Tarifabschluß mit den Meistern in der Damenkonfektion erreicht. Den Spruch des Schlichtungsausschusses, nach dem sie mit den Arbeitnehmern denselben Tarif wie die Fabrikanten, mit Ausnahme der Ferienregelung, abschließen sollten, haben sie nicht angenommen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter wegen der Verbindlichkeitsklärung wurden vertagt, weil erst noch Beratungen zwischen den Meistern und den Fabrikanten stattfinden sollten, und jetzt fordern die Fabrikanten die Verkürzung einiger, wie sie sagen, zu langen Arbeitszeiten, ehe sie den Meistern feste Zuschläge zusichern könnten. Viel Geduld gehörte im Jahre 1919 dazu, den Tarif erstmals zustande zu bringen, mindestens ebenso viel ist nötig, um diesen Tarif, der sich in vier Jahren gut bewährt hat, ein zweites Mal abzuschließen. Schließlich muß doch noch der Sachausschuß eingreifen, damit die Heimarbeiterrinnen in diesem Jahre zu ihren Ferientagen kommen. — In der Schirmbranche ist eine Einigung über die kritischen kleinen Positionen erreicht. Die Tarife in der Schürzen- und Krautwattenbranche sind zum 31. Juli und 2. August gekündigt worden. Wir erwarten die Vorschläge der Fabrikanten für das Zustandekommen von neuen Tarifverträgen, die sie, als der kündigende Vertragspart, einreichen müssen.

Halle a. S. Unser Wäschetarif ist nun endlich auch auf Goldlöhne umgestellt. Zunächst scheiterten die Verhandlungen, die wir zusammen mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiterverband gegen den Arbeitgeberverband der Wäsche- und Schürzenindustrie (hauptsächlich die Firmen für Stapelware) führten. Eine Vorverhandlung vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses führte dann aber doch zu einer Einigung auf der Grundlage von 32 Pfennig Stundenlohn. Das bedeutet eine Aufbesserung um 23 Prozent gegenüber den zuletzt gezahlten Löhnen. Da die angelegten Arbeitszeiten im Tarif für electrischen Antrieb berechnet sind, kommt die Heimarbeiterin nicht auf 32, sondern etwa auf 30 Pfennig die Stunde. Im Frieden hatten wir für die gleiche Arbeit einen geringeren Stundenlohn, und die Heimarbeiterin mußte das Garn noch dazu liefern.

Königsberg i. Pr. Nun ist auch bei uns der Sachausschuß in Tätigkeit getreten, von dessen Vorhandensein lange nichts zu merken war. Durch seine Unterstützung ist es gelungen, den Schürzentarif, dessen Vorarbeiten schon jahrelang zurückliegen, nunmehr zustande zu bringen. Es hat einen harten Kampf gegeben, aber schließlich ist doch ein Erfolg errungen. Die in Betracht kommenden Schürzenfabrikanten hatten sich des Tarifes wegen vorher dem Ostpreussischen Arbeitgeberverband für Handel, Gewerbe und Industrie angeschlossen. — Zwar ist der Tarif nicht ganz nach unseren Wünschen ausgefallen: den geforderten Stundenlohn von 30 Pfennig haben wir nicht erreichen können, sondern mußten uns mit 25 Pfennig zufrieden geben. In der ersten Sachausschussung am 20. Juni er-

